



IM PORTRAIT:

Unsere sechs bündnisgrünen
Abgeordneten

> Seite 7–12



IM PARLAMENT:

Die Debattenkultur
bedarf dringender Reform

> Seite 13



IN DER DISKUSSION:

Wie weiter mit Vattenfall
in der Lausitz?

> Seite 15

ROT-ROT II: DER AUFBRUCH FÄLLT AUS



Aus den Landtagswahlen im September sind wir Bündnisgrünen gestärkt hervorgegangen und nun zu sechst im Parlament vertreten. Uns kommt erneut die Rolle zu, von den Koalitionspartnern konsequent Antworten einzufordern. SPD und Linke nehmen zwar mit dem Koalitionsvertrag in Anspruch, den Aufbruch Brandenburgs vollenden zu wollen, doch das sind leere Worte. Zu häufig findet sich die Maxime: „Weiter wie bisher.“ Das reicht nicht aus! An keiner Stelle wird das Leitbild eines nachhaltigen und sozialen Brandenburgs entworfen, das bundesweit ein Vorbild sein kann.

So gefährdet das ‚Ja‘ zum Braunkohle-
tagebau die Klimaziele. Die Landesregierung

setzt auf Massentierhaltung und industrielle Landwirtschaft und lässt Tierwohl und Naturschutz hinten runterfallen. Es fehlt auch an sinnvollen Konzepten für die Unterbringung von Flüchtlingen. Im Zuge der anstehenden Gebiets- und Funktionalreform muss auch die demokratische Mitwirkung gestärkt werden.

Bei der Bildung darf es nicht allein um die Anzahl der Lehrkräfte gehen, sondern auch um Unterrichtsqualität und echte Fortschritte bei der Inklusion.

INTERVIEW MIT UTA LEICHSENRING

„DEMOKRATIE IST KEIN SELBSTLÄUFER“

1989 beteiligten Sie sich aktiv an der friedlichen Revolution in der DDR. Wie blicken Sie heute auf die Ereignisse von vor 25 Jahren?

Uta Leichsenring: Ich spüre immer noch große Freude und auch großes Erstaunen darüber, dass es gelungen ist, die Mauer friedlich einzureißen. Es ist für mich ein Schlüsselerlebnis, das zeigt: Von Menschen, die ein gemeinsames Ziel verfolgen, geht eine unglaubliche Kraft aus. Es ist unsere Aufgabe, die Erinnerung daran wach zu halten. Zu wissen, wie es damals war, ist ein wichtiger Baustein einer funktionierenden Demokratie, heute und in Zukunft. Beim Umgang mit der DDR-Geschichte geht es auch darum aufzuzeigen, wie die DDR als Diktatur funktionierte.

Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Arbeit der Enquetekommission 5/1 in der letzten Wahlperiode?

Leichsenring: Ich war erleichtert, als die Grünen die Aufarbeitung angestoßen haben. Die Kommission ist nur ein Beispiel für den frischen Wind, der mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Landtag eingezogen ist. Die Fraktion hat Debatten über lange vernachlässigte Themen, wie Braunkohle oder Massentierhaltung, angestoßen und sich zu einem wichtigen Regulativ im Parlament entwickelt.

Worin bestehen Brandenburgs Herausforderungen?

Leichsenring: Die Flüchtlingszahlen steigen und Brandenburg muss an seiner Willkommenskultur arbeiten. Flüchtlingsheime liegen jwd und noch immer gibt es Landkreise mit einer Gutscheinpolitik. Darüber bin ich empört. Es hängt viel von der lokalen Bereitschaft ab, aber die Politik muss Vorarbeit leisten. Obwohl die Linke sich als Anwalt der Schwachen wähnt, ist sie in diesem Punkt kaum hörbar. Hier braucht es eine Opposition, die sich für die Flüchtlinge stark macht.

Gibt es einen weiteren Punkt, der für die Landesentwicklung wichtig ist?

Leichsenring: Auch das Dauerthema Rechtsextremismus darf nicht aus den Augen geraten. Die Taten des NSU haben mich fassungslos gemacht. Erschüttert war ich auch über die mangelnde Professionalität der ermittelnden Behörden, die unzureichend miteinander kooperiert haben. Der Fall zeigt auf bestürzende Weise, wie wichtig das Bewusstsein um die Gefahren ist, die von rechtsextremen, antisemitischen und rassistischen Gedanken ausgehen.

*Interview:
Alena Müller*



© BSTU, Außenstelle Halle (Saale)

Uta Leichsenring (Jahrgang 1950)

Die studierte Ökonomin engagierte sich ab Dezember 1989 in einer Bürgerkommission zur Auflösung der Stasi. Von 1991 bis 2002 war sie Polizeipräsidentin in Eberswalde und erhielt für ihr konsequentes Handeln gegen Rechtsextremismus 1999 die Theodor-Heuss-Medaille. 2005 bis 2014 leitete sie die Außenstelle der Stasiunterlagenbehörde in Halle. Sie engagiert sich in mehreren Vereinen für Demokratie und Toleranz sowie gegen Rechtsextremismus.



ROT-ROT II: NACHSITZEN STATT AUFBRUCH

© laytattus — fotolia.com

SPD und Linke beanspruchen, den Aufbruch der friedlichen Revolution bis 2019 zu vollenden. Doch mehr als ein Abarbeiten der Restanten der letzten fünf Jahre Rot-Rot wird es mit diesem Koalitionsvertrag nicht werden. Außer der vor der Wahl von SPD und Linker verleugneten Verwaltungsreform gibt es keine nennenswerten Reformvorhaben. Es bleibt beim Nachsteuern in der Bildungs-, Sicherheits- und Investitionspolitik. ‚Verwalten statt Gestalten‘ ist die Devise. Ökonomisch wird die Deutsche Einheit bis 2019 nicht erreicht werden können. Der wirtschaftliche Abstand zu vergleichbaren westdeutschen Flächenländern ist seit 2000 unverändert und droht, sich zu vergrößern. Die Vorstellung von einem von Kohle und Stahl geprägten Industrieland Brandenburg ist absurd.

Das Land braucht eine andere Entwicklungsrichtung

Brandenburg hat gute Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung, die bun-

desweit zum Vorbild taugen kann: Es ist Bindeglied zwischen Ost und West, der große Absatzmarkt Berlin liegt vor der Tür, das Land verfügt über eine vielgestaltige, kleinstrukturierte Wirtschaft und hat viel Wind- und Solarenergie ausgebaut. Mit ressourcenschonenden Produktionsverfahren und dem Vortreiben einer kohlenstofffreien Wirtschaft könnte es zeigen, dass Ökonomie und Ökologie sich nicht widersprechen müssen, sondern sich gegenseitig bedingen. Das wäre ein Leitbild, für das es sich zu kämpfen lohnt. Stattdessen jagt Rot-Rot mit der Förderung für energie- und rohstoffintensive Unternehmen und agrarindustrielle Komplexe verzweifelt unerreichbaren Wachstumszielen nach.

Keine Idee für nachhaltige Entwicklung

In den Neunzigern ist es gelungen, die modernste Verfassung eines deutschen Bundeslandes auf den Weg zu bringen. Im ehemals vorbildlichen Naturschutzland ist es dagegen heute Koalitionsziel, im Naturschutz bundesdeutsches Mittelmaß zu

werden. In der Ausstattung der Kitas, bei der Hochschulfinanzierung oder gar beim CO₂-Ausstoß wären wir dagegen froh, wenn wir bis 2019 die rote Laterne abgeben könnten. Doch wesentliche Themenfelder, die für die Zukunftsfähigkeit von besonderer Bedeutung sind, tauchen bei der Regierung nicht auf oder werden, wie das Megathema Nachhaltigkeit, lapidar abgehandelt. Fatal ist, dass Rot-Rot bei Energiewende und Braunkohle, Massentierhaltung und Landwirtschaft den für das Land Brandenburg selbstzerstörerischen Weg fortsetzen will.

Der rot-rote Koalitionsvertrag ist bislang nicht mehr als ein totes Stück Papier und darf in vielen Punkten nicht zum Leben erweckt werden. Wir Bündnisgrünen sind weiterhin bitter nötig, um Fehlentwicklungen entgegenzutreten und das Land konstruktiv-kritisch voranzubringen.

*Axel Vogel,
Fraktionsvorsitzender*

www.gruenlink.de/um9

ROT-ROT KOALITIONSVERTRAG IM CHECK

MUTLOS WEITER WIE BISHER

Auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD und Linken fällt etwas Licht – aber auch viel Schatten. Der in Anspruch genommene Aufbruch fällt aus. Hier zeigen wir anhand einiger Zitate aus dem Papier, was Rot-Rot in den Bereichen Hochschule, Braunkohle, Naturschutz, Flüchtlinge, Landwirtschaft und im Bezug auf den Flughafen BER vor hat – und wie wir dazu stehen.

KOALITIONSVERTRAG:

„Die Koalition bekennt sich zu den bestehenden Braunkohleplänen und zum Braunkohleplan Welzow-Süd, Teilabschnitt II und wird die notwendigen Verfahren weiterführen. [...] Die Koalition hält daran fest, dass ein Kraftwerksneubau nur stattfinden kann, wenn damit die Erreichung der Klimaschutzziele der Energiestrategie 2030 nicht gefährdet wird.“

kommen könnte. Die Bevölkerung lehnt den Einsatz dieser ineffizienten, gefährlichen und teuren Technologie jedoch weitgehend ab. Zudem hat Vattenfall die Forschung hierzu eingestellt; eine CCS-Infrastruktur ist nicht einmal im Ansatz vorhanden.

Augenscheinlich will die Landesregierung die Attraktivität von Vattenfalls Braunkohlesparte erhöhen – um leichter einen Käufer zu finden. Anstatt den Konzern in die Pflicht zu nehmen, den sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle mitzugestalten, will die Landesregierung Vattenfall schnellstmöglich loswerden und gefährdet damit auch akut Arbeitsplätze in der Kohle.

Braunkohle

SPD und Linke „bekennen“ sich zu zwei energiepolitischen Zielen, die sich gegenseitig ausschließen: Ihre Klimaschutzziele sind unvereinbar mit der Erschließung neuer Tagebaue bzw. der Verstromung der dort liegenden Braunkohle. Möglicherweise spekuliert Rot-Rot darauf, dass bei einem Kraftwerksneubau die CCS-Technologie zur unterirdischen Verpressung von CO₂ zur Anwendung



© www.ideengutten.de/Markus Pichmaier

Hochschule

Das liest sich gut. Der Vertrag scheint eine Stärkung der Hochschulen zu implizieren. Fakt ist jedoch: Kaum ein anderes Bundesland gibt so wenig Geld für seine Hochschulen aus wie Brandenburg. Die eigens von der Landesregierung eingesetzte Hochschulstrukturkommission unter dem Ex-Wissenschaftsstaatssekretär Friedrich Buttler empfahl 2012 jährliche Mehrausgaben von 23 Millionen Euro für die Hochschulen. Rot-Rot plant nun, den jährlichen Etat lediglich um 6 bis 7 Millionen Euro zu erhöhen. Und das, obwohl der Wissenschaftsetat um 35 bis 40 Millionen entlastet wird, weil der Bund die jährlichen BAföG-Kosten übernimmt. Rot-Rot versäumt die Chance, die Hochschulausgaben an den Bundesdurchschnitt heranzuführen. Nach wie vor sind die Lehreinrichtungen die Spargbüchse der Regierung. Die Entrüstung bei den Betroffenen ist absolut gerechtfertigt.

Zusätzliche Geldversprechen der Regierung sind an neue Aufgaben für die Lehreinrichtungen geknüpft, die auch neue Kosten verursachen werden. Exemplarisch ist hier der Aufbau von dualen Studiengängen zu nennen.

KOALITIONSVERTRAG:

„Darüber hinaus erhalten die Hochschulen in der Legislaturperiode insgesamt 25 Millionen Euro zusätzlich für die Grundfinanzierung.“



Umwelt

Vage Aussagen, kaum greifbare Ziele und kopierte Passagen aus dem Koalitionsvertrag von 2009 prägen das Kapitel Umwelt. Priorität wird dem Thema nicht eingeräumt, ähnlich wie in der vergangenen Legislaturperiode. Wenig Hoffnung macht auch die Auswahl des Ministers. Der neue Agrar- und Umweltminister Jörg Vogelsänger hat sich als bisheriger Agrarminister keine Lorbeeren für eine grünere Land- und Forstwirtschaft verdient. Erst kurz vor der Landtagswahl hat er die Chance verstreichen lassen, den Anteil der EU-Mittel für Agrarumweltmaßnahmen aufzustocken.

Es bestehen erhebliche Zweifel, ob sich Rot-Rot gegen den massiven Artenrückgang in der Agrarlandschaft einsetzen wird. Weil aber auch zukünftig Feldlerchen in den Brandenburger Himmel aufsteigen sollen, werden wir die Regierung stetig an ihr Versprechen im Koalitionsvertrag erinnern.

KOALITIONSVERTRAG:

“ Die Koalition steht für die **Bewahrung der typischen Brandenburger Landschaften, den Schutz heimischer Pflanzen- und Tierbestände und die Wiederherstellung von Lebensräumen bedrohter Tier- und Pflanzenarten.**“

Flüchtlinge

Aufgrund steigender Flüchtlingszahlen geht diese Ankündigung in die richtige Richtung. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, gilt es jetzt, die Eckpunkte des auf unsere Initiative zurückgehenden Landtagsbeschlusses zur Verbesserung der Unterbringung und der sozialen Betreuung umzusetzen. Es ist wichtig, dass die Landesregierung mit den Kommunen die Gutscheinvergabe tatsächlich abschafft und über die vorzugsweise Unterbringung in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften sowie bessere psychosoziale Betreuung verhandelt. Zu hoffen ist, dass unser neuer Innenminister Karl-Heinz Schröter, der als Landrat von Oberhavel gerade beim Sachleistungsprinzip als Hardliner aufgetreten war, sich hier als lernfähig erweisen wird.

Bei der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge ist derzeit vieles im Fluss. Dass das Land die medizinische Versorgung der Flüchtlinge übernehmen möchte, begrüßen wir. Leider haben Asylsuchende derzeit nur bei akuten Erkrankungen, Schmerzen und lebensbedrohlichen Gesundheitsstörungen Anspruch auf Versorgung. Wir sind überzeugt, ihnen sollten jene Leistungen zustehen, die im Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgeführt sind. Auch die psychosoziale Betreuung kann verbessert werden. Gute Therapieangebote, wie sie derzeit z.B. in Fürstenwalde durch eine Projektförderung zur Verfügung stehen, sollen in die Regelfinanzierung übernommen und personell aufgestockt werden.

KOALITIONSVERTRAG:

“ Die Koalition unterstützt die Kommunen auch weiterhin bei der Schaffung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge – wo immer es geht auch in Wohnungen. Zudem übernimmt das Land die Kosten für die medizinische Versorgung von Asylsuchenden. Die psychosoziale Betreuung wollen wir verbessern.“

Flughafen BER

Das Scheitern des BER ist ein Scheitern staatlicher Akteure. Sie zogen die Initiative an sich, kamen aber den Bauherrenpflichten nicht nach. Transparenz: Fehlanzeige. So konnte der Architekt den fehlerhaften Bauantrag einreichen, der Generalplaner ohne Steuerung handeln. Die in den Aufsichtsrat der Flughafen-GmbH entsandten Regierungsmitglieder agierten wie mittelmäßige Aufsichtsräte einer Aktiengesellschaft ohne den Anspruch, der FBB-Geschäftsführung Vorgaben zu machen. Die Kosten laufen nun aus dem Ruder. Rot-Rot verspricht, die weitere Kapitalzufuhr ohne Steuermittel zu gestalten. Dabei ist bekannt, dass der BER Bankkredite nur zu schlechten Konditionen erhalten kann.

Wir haben uns erfolgreich für einen neuen Sonderausschuss BER eingesetzt. Unsere obersten Ziele sind: Der Flughafen wird ohne zusätzliche Erweiterungen fertiggestellt. Eine Inbetriebnahme erfolgt erst, wenn die Lärmschutzmaßnahmen für alle AnwohnerInnen umgesetzt sind. Wir werden außerdem einen Arbeitskreis einrichten, der die Landtagsfraktion mit ExpertInnen und Initiativen vor Ort zusammenbringt, so dass ihr Wissen in die parlamentarische Arbeit einfließen kann.

KOALITIONSVERTRAG:

„ Die Koalition wird auch weiterhin auf die notwendige Transparenz der Entwicklung der Kosten des Projektes hinwirken. Sie wird darauf achten, dass die Flughafengesellschaft zur Finanzierung der Inbetriebnahme vorrangig Quellen außerhalb weiterer Kapitalzufuhren der Gesellschafter identifiziert und ausschöpft.“

Landwirtschaft

Das klingt nach plötzlichem Sinneswandel. Noch in der vergangenen Legislaturperiode hat die Regierung sämtliche Anträge für eine tierschutzgerechte, umweltschonende und flächengebundene Tierhaltung abgelehnt. Tatsächlich plant sie, mit einer „Premiumförderung“ den Ausbau von Tierfabriken zu intensivieren. Mit noch mehr Steuergeldern will die Regierung Stallbauten unterstützen, bei denen z.B. die hohe Zahl von 16 Masthühnern pro Quadratmeter erlaubt ist. Hier sind Tierqualen und ein Antibiotikaeinsatz vorprogrammiert.

Die im Koalitionsvertrag zitierte Tierwohlinitiative des Bundes ist vor allem eines: heiße Luft! Hier geht es um freiwillige Selbstverpflichtungen anstatt um zeitnahe verbindliche Regelungen für mehr Tierwohl. Statt leerer Worte braucht es Taten. Die Volksinitiative gegen Massentierhaltung fordert: Keine Subventionen für Massentierhaltung, Einsetzung eines Landestierschutzbeauftragten und ein Verbot des Abschneidens („Kupierens“) von Schwänzen und Schnäbeln. Das ist auch unsere Position.

KOALITIONSVERTRAG:

„ Wir treten für eine regionalverträgliche, tierartgerechte und flächengebundene Tierhaltung ein und unterstützen die Ziele der Tierwohlinitiative des Bundes.“



Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg

Gute Landwirtschaft. Gutes Essen. Gutes Leben. Für Alle.

Das Aktionsbündnis setzt sich für Tierwohl und artgerechte Landwirtschaft ein. Unsere Fraktion teilt diese Ziele.
<https://agrarwende.wordpress.com>

SECHSMAL GRÜNER LANDTAG

Aus der Landtagswahl ist unsere Fraktion gestärkt hervorgetreten. Zu sechst wollen wir in der Opposition wieder die Entwicklung des Landes voranbringen. Unsere Abgeordneten kurz vorgestellt:

„LEITIDEE GENERATIONEN-GERECHTIGKEIT“

Auf einer Kommode im Landtagsbüro von Axel Vogel steht ein 40 Zentimeter hoher Baumstamm mit einem Durchmesser von rund zwölf Zentimetern. In den oberen Teil ist eine Krone geschnitzt. Bevor der Baum in einem Potsdamer Garten gefällt wurde, war über mehrere Jahre ein Glasauge in den Stamm eingewachsen. Die selbstgestaltete Skulptur hat der Potsdamer Klaus Kosse verschenkt – kurz nach dem Einzug der Bündnisgrünen in den Landtag. Er hat ihr den Namen „Der einäugige König“ gegeben. Das sei laut Kosse eine treffende Bezeichnung für die Rolle der Fraktion und ihres Vorsitzenden im Landtag.

Ökologische Ideen in der Praxis

Axel gehörte 1980 zu den Gründungsmitgliedern der Partei und war u.a. Abgeordneter im Bundestag, Mitarbeiter der Landtagsfraktion in Bayern und Bundesschatzmeister. Anfang der Neunziger bekam der gebürtige Bochumer das Angebot, die Brandenburger Großschutzgebiete mit aufzubauen.

„Da habe ich keine Minute gezögert“, erinnert sich der heute 58-Jährige. „Das war eine tolle Chance, ökologische Ideen auch praktisch umzusetzen.“ Von 1992 bis 2004 arbeitete er für die Landesanstalt für Großschutzgebiete. Von 2004 an war er

Abteilungsleiter für Ökologie, Naturschutz und Wasser im Landesumweltamt.

Drängende Fragen

Seit fünf Jahren beäugt der einäugige König nun schon die Arbeit der Fraktion, die mit der Wahl im September nun eine Fortführung erfährt. Axel versteht ihn nicht nur als Kompliment, sondern auch als Warnung: Weder eine Partei noch ein Einzelner sei im Besitz der alleinigen Wahrheit, auch wenn es manchmal einen Wissensvorsprung gibt, sodass es immer darauf ankomme, gemeinsam Entscheidungen auf ihre Vor- und Nachteile abzuwägen. Darum geht es bei vielen aktuellen Themen wie Flüchtlingspolitik, Massentierhaltung, Braunkohleabbau in der Lausitz und Pannenflughafen BER. „Diese Themen sind dicke Brocken, die uns lange beschäftigen werden. Das Parlament muss sich ihrer dringend annehmen.“

Als Finanzfachmann der Fraktion liegt dem Ökonom die Haushaltsdisziplin am Herzen. Auch hier gelte die alte grüne Devise von der Generationengerechtigkeit als Leitbild. „Wir müssen dahin kommen, dass wir heute nicht das Geld ausgeben, dass die nächste Generation erst noch erwirtschaften muss.“



© Fraktion

Axel Vogel

- *Fraktionsvorsitzender*
- *Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher*
- *Mitglied im Hauptausschuss*
- *Mitglied im Ausschuss für Haushaltskontrolle*
- *Mitglied im Wahlprüfungsausschuss und im BER-Sonderausschuss*

Kontakt:

Tel.: (0331) 966 1700

axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de

„MIT GRÜN GEGEN VERKNÖCHERTE STRUKTUREN“

Wo ist Heimat? Für Ursula Nonnemacher ist Heimat da, wo sie lebt, wo ihr die Menschen am Herzen liegen und wo sie sich engagiert. Die gebürtige Wiesbadenerin fühlt sich in der Stadt Falkensee zu Hause, in der sie seit achtzehn Jahren lebt. „Ich muss nicht von Albrecht dem Bären oder einem anderen Askanier abstammen, um Brandenburgerin zu sein“, sagt sie scherzhaft.

Bußgeld zum Einstand

Dabei war der Start etwas holprig. Nach Jahren als Ärztin für Innere Medizin in Berlin zog sie im November 1996 mit ihrer Familie kurz vor der Geburt des dritten Kindes ins Umland. Der Älteste hatte anfangs Eingewöhnungsprobleme in der neuen Schule, die Mittlere war erst 10 Monate alt und Ursula saß schwanger zwischen Umzugskartons. Zu allem Überfluss drohte die Stadtverwaltung postalisch ein Bußgeld an, wenn nicht unverzüglich die Brennesseln im Garten entfernt würden. Die Familie hatte sich einen anderen Willkommensgruß erhofft, lebte sich aber dennoch schnell ein und schloss Land und Leute ins Herz. Der Schock über die verknöcherte politische Kultur blieb jedoch und war Anlass für Ursula, einen grünen Ortsverband mit zu initiieren. Seitdem macht sie Kommunalpolitik.

Heute ist Ursula bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung und Mitglied im Hauptausschuss. In der Landtagsfraktion ist sie Parlamentarische Geschäftsführerin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit als innenpolitische Sprecherin wird die anstehende Kreisgebiets- und Funktionalreform sein. Weil EinwohnerInnenzahlen und Finanzen schwinden, sollen größere Verwaltungseinheiten bei politischer Selbständigkeit der Gemeinden geschaffen werden. Die Reform wird schwierig werden, schon jetzt gibt es viel Unruhe.

Topthema Gebietsreform

Das Thema ist allerdings zu zentral, um es nicht anzugehen: „Ohne die Reform blieben irgendwann nur noch Mittel für die Verwaltung und kaum noch Gelder für Daseinsfürsorge wie Verkehr, Infrastruktur, Pflege und medizinische Versorgung übrig.“ Ob Brandenburg auch in Zukunft die Heimat ihrer Kinder bleibt, wird sich zeigen. Erst einmal steht für die jungen Leute an, die Welt zu entdecken. Vielleicht haben sie später Lust wiederzukommen. Ursula würde sich freuen, wenn das Land auch dann noch für die eigenen Kinder und andere attraktiv ist. Dafür setzt sie sich jeden Tag ein.



© privat

Ursula Nonnemacher

- *Parlamentarische Geschäftsführerin und stellv. Fraktionsvorsitzende*
- *Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales*
- *Sprecherin für Arbeitsmarkt-, Sozial-, Gesundheits-, Frauen- und Familienpolitik*
- *Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission*

Kontakt:

*Tel.: (0331) 966 1700
ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.
brandenburg.de*

„POLITIK MUSS PRAXISTAUGLICH SEIN“

Das Neuenhagener Mietshaus, in dem Michael Jungclaus mit seiner Familie im Dachgeschoss wohnt, hatte sein Ur-Ur-Großvater, der Apotheker des Ortes, errichtet. Das Haus ist rund 150 Jahre alt und doch ist einiges gleich geblieben: Die Nachkommen der Familie haben ein Dach über dem Kopf, im Erdgeschoss ist eine Apotheke. Anderes hat sich verändert: Kohlen muss keiner mehr schleppen. Das Gebäude wird durch ein Blockheizkraftwerk (BHKW) versorgt und auf dem Dach liefert eine Photovoltaikanlage Strom. Installiert hat die Anlagen Michael. „Letztendlich ist dieses Haus der Anstoß für meinen Einstieg in der Politik“, resümiert der gelernte Tischler und spätere Solaranlagenmonteur.

Anstoß für Einstieg in die Politik

Damit das BHKW auch die anderen Mieter mit Strom versorgen kann, musste Michael eine GbR gründen. Hier wie während seiner Engagements für den Solarverein oder die Lokale Agenda 21 merkte er immer wieder, wie stark solche Projekte vom politischen Rahmen abhängig sind. Das war schließlich der Auslöser, politisch aktiv zu werden. Vor allem die „Enkeltauglichkeit“ bündnisgrüner Politik überzeugte ihn. „Die Bündnisgrünen sind oftmals VordenkerInnen und greifen Themen auf, wenn noch Spielraum ist und

nicht erst, wenn es zu spät ist“, so der zweifache Familienvater. Seit 2007 ist er Parteimitglied, zwei Jahre später zog er in den Landtag ein.

Auf der Suche nach dem offenen Gespräch mit BürgerInnen

Seit dem Wiedereinzug in den Landtag im September ist Michael Fraktionssprecher für Europapolitik, VerbraucherInnenenschutz und Infrastruktur. „Von einer funktionierenden Verkehrspolitik hängt die Landesentwicklung ab“, mahnt er. Sein Ansatz: Statt fehlende Fahrgäste zu beklagen und Strecken stillzulegen, will er mit attraktiven Verkehrskonzepten mehr NutzerInnen gewinnen. Instrumente hierfür sind beispielsweise: bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger und die Stärkung des Verkehrsverbundes VBB.

Michael sucht dazu den Austausch mit den BürgerInnen. In den nächsten Monaten wird er z.B. den rund 70 von der Stilllegung bedrohten Bahnhöfen Brandenburgs einen Besuch abstatten. „Vor-Ort-Gespräche sind die Grundlage dafür, die Auswirkung von Politik auf die Lebenswirklichkeit der Menschen im Blick zu behalten. Solche Termine sind die Basis jeder Entscheidung.“

Den direkten Kontakt sucht Michael auch auf seinen regelmäßigen politischen Wan-

derungen und Radtouren. Anfang Dezember ging es per Pedes Richtung Bernau. Ausgangspunkt war – natürlich – das Haus in Neuenhagen.



© privat

Michael Jungclaus

- Sprecher für Infrastrukturpolitik und Landesplanung
- Sprecher für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und VerbraucherInnenchutzpolitik

Kontakt:

Tel.: (03342) 309 016

michael.jungclaus@gruene-fraktion.brandenburg.de

„BILDUNG IST VORAUSSETZUNG FÜR NACHHALTIGES HANDELN“

Schülerinnen und Schüler der Montessori-Oberschule in Potsdam-West bringen einigen AsylbewerberInnen aus dem Staudenhof Fahrradfahren bei. Die Idee dazu hatte Marie Luise von Halem, die bündnisgrüne Fraktionssprecherin für Bildungspolitik. Das Projekt hat viele Facetten: Einheimische und Neuankömmlinge kommen in Kontakt. Dafür sind englische und französische Sprachkenntnisse notwendig – Sprachen, die die Jugendlichen im Unterricht lernen. Es geht außerdem um die Bereitschaft der Einzelnen, sich selbst einzubringen und schließlich um eine Gelegenheit, zu erfahren, selbst etwas bewegen zu können.

Im Fokus: Gerechtigkeit

Marie Luise ist sich bei ihrer Arbeit um die Bedeutung dieser sogenannten Selbstwirksamkeitserfahrung bewusst, also der Erfahrung, dass das eigene Handeln eine Wirkung erzielt. Das zu erleben, sei für die Entwicklung von Kindern essentiell, aber auch für Erwachsene wohltuend. Sie erinnert sich noch gut daran, wie sie sich gefühlt hatte, als einer ihrer ersten Anträge 2010 dazu beitrug, dass die Landesregierung mehr Lehrkräfte einstellte. Auch in der neuen Legislaturperiode wird sie sich für mehr LehrerInnen einsetzen, aber vor allem für gute Qualität in Schulen und Kindertagesstätten. Für die heute 52-Jährige geht

es um Gerechtigkeit: Es müsse gelingen, Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die bestmöglichen Bildungschancen zu gewähren, sie zu befähigen, ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Die Wahl-Potsdamerin hat ihre beiden Kinder, wie sie sagt, „durch das Brandenburger Schulsystem geschleust“ und weiß um die bestehenden Defizite. „Die Entscheidung, nach Potsdam zu ziehen, haben meine Familie und ich ganz bewusst getroffen. Ich fühle mich hier sehr wohl und sehr zu Hause – dennoch gibt es zum Beispiel in der Bildungspolitik viele Punkte, die in Brandenburg verbessert werden müssen.“ So geht es ihr auch darum, dass Kinder mit Behinderung einen gerechten Zugang zu Regelschulen erhalten.

Der weitreichende Gerechtigkeitsanspruch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war Anlass für sie, 1995 in die Partei einzutreten und sich zu engagieren. Von 1999 bis 2009 war sie als Landesgeschäftsführerin tätig. „Es ist zutiefst ungerecht, so zu leben, dass unser Handeln heute die Chancen der kommenden Generationen einschränkt“, erläutert sie ihre Motivation. Bildung sei eine Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen in ihrem Leben nachhaltige Entscheidungen treffen können, die mehr als den eigenen Standpunkt sowie weitere geografische und zeitliche Perspektiven berücksichtigen.



© privat

Marie Luise von Halem

- Sprecherin für Bildung, Jugend und Sport
- Sprecherin für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Kontakt:

Tel.: (0331) 966 1705
ml.halem@gruene-fraktion.
brandenburg.de

„ICH SETZE MICH FÜR LÄNDLICHE RÄUME EIN“

Dass die obere Passage eines Antrags im Landtag „Feststellungsteil“ heißt, weiß Benjamin seit November, als er mit der CDU-Fraktion einen Antrag zur Nachhaltigkeitsstrategie verhandelte. „Der CDU-Kollege ist ein alter Hase im Parlamentsbetrieb. Da musste ich mich als Neuling ordentlich strecken, damit unsere Punkte im gemeinsamen Antrag auch vorkommen“, tiefstapelt er lachend. Nach der Landtagswahl im September ist der 31-Jährige zum ersten Mal im Parlament – ein Politikneueinsteiger ist er allerdings nicht. Benjamin war schon Vorstandsmitglied in den bündnisgrünen Kreisverbänden Konstanz und Dahme-Spreewald, seit 2008 ist er Gemeindevertreter in seinem Heimatort Schönwalde im Spreewald, von 2009 bis November 2014 war er Landesvorsitzender der Partei. Außerdem koordinierte er beruflich Kampagnen zum Klimaschutz und gegen Castortransporte, arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag und als Verbraucherschützer.

Grüne Hochschulgruppe weckt politisches Engagement

Der Anstoß für sein politisches Engagement kam während des Magisterstudiums (Politik, Philosophie, Jura) in Konstanz. Freunde brachten ihn zur grünen Hoch-

schulgruppe. „Gremien, Sitzungen, Arbeitskreise, Demos – nach einer recht politikfreien Jugend war mir das am Anfang ziemlich fremd“, erinnert er sich. Aber er hat bei den Grünen schnell seine politische Heimat gefunden: „Plötzlich lernte ich viele kennen, denen Dinge wie Naturschutz, Freiheit und Gerechtigkeit genauso wichtig sind wie mir. Das war wie ein Erweckungserlebnis und das be-seelt mich bis heute.“ Seine Überzeugung, dass Politik von Mitbestimmung und auch von Transparenz lebt, brachte er zurück nach Brandenburg. „Es ist so etwas wie eine persönliche Mission, meine politischen und regionalen Wurzeln zusammenzubringen.“

Gutes Essen und gesunde Umwelt lassen sich erstreiten

Als Sprecher für Umwelt-, Landwirtschafts- und Rechtspolitik sieht er sich heute einer Landesregierung gegenüber, die für die hochindustrielle Landwirtschaft und damit für mehr Massentierhaltung, mehr Pestizide und weniger Ökolandbau steht. Für diese Fehlentwicklung will er Öffentlichkeit schaffen: „Denn wenn die ländlichen Räume abgehängt werden oder keine gesunden Lebensmittel auf dem Teller landen, dann ist das nicht gottgegeben, sondern wurde im Landtag mitentschieden.“ Es könne dort auch wie-

der geändert werden. Dafür müssten die Menschen der ländlichen Regionen, Verbände und VerbraucherInnen aber die Hintergründe kennen – um Druck machen zu können.



© privat

Benjamin Raschke

- *Sprecher für ländliche Entwicklung, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik*
- *Rechtspolitischer Sprecher*
- *Mitglied im RichterInnenwahlausschuss*

Kontakt:

Tel.: (0331) 966 1724
benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de

„WICHTIG IST EIN WEITER BLICK“

Als „Gipfel der letzten Chance“ wurde die sechste UN-Klimakonferenz in Den Haag im November 2000 bezeichnet. Sie sollte die Umsetzung des 1997 in Kyoto beschlossenen Protokolls hervorbringen. Heide Schinowsky ist damals als 25-jährige BUNDJugend-Aktivistin vor Ort, als die Verhandlungen scheitern und ausgesetzt werden. Seit einem Freiwilligen Ökologischen Jahr nach dem Abitur war sie in der Umweltschutzorganisation aktiv. Um Parteipolitik hatte sie lange einen Bogen gemacht. Ihr waren handfeste Projekte, wie z.B. eine bundesweite CO₂-Sparaktion an Schulen, lieber gewesen als scheinbar endlose inhaltliche Debatten. Nicht zuletzt Den Haag veränderte ihre Einstellung.

Politischer Gestaltungswille

„Damals ist mir klarer geworden, wie sehr es beim Kampf gegen den Klimawandel auch auf den politischen Rahmen auf internationaler, nationalstaatlicher und föderaler Ebene ankommt“, so die gebürtige Brandenburgerin. Seitdem ist sie Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Tätig war sie u.a. als stellvertretende Pressesprecherin des Bundesvorstands, als Büroleiterin des Bundesvorsitzenden Reinhard Bütikofer und als Fraktionsreferentin im Berliner Abgeordnetenhaus. Für den BUND ist sie nach wie vor aktiv, derzeit als ehrenamtliche Landesvorsitzende in Berlin.

Ihre Herkunft spielt für ihren politischen Werdegang eine wichtige Rolle: Die Schinowskys sind eine kirchliche Familie und Heide machte zu DDR-Zeiten keine Jugendweihe, sondern wurde konfirmiert. So begann es, dass sie die Einschränkungen des Systems kennenlernte. Für ihren schulischen Werdegang kam der Mauerfall 1989 früh genug – der Weg zum Abitur blieb der damals 14-Jährigen doch nicht versperrt. Ein Schwerpunkt ihres Engagements ist deshalb auch die Aufarbeitung von DDR-Unrecht.

Im Fokus: Energie und Wirtschaft

Die studierte Sozialpädagogin spricht seit dem Einzug in den Brandenburger Landtag für die bündnisgrüne Wirtschafts- und Energiepolitik. Wichtig ist ihr ein weiter Blick auf Themen. Bei ihrer Kritik an der Ankündigung des Energiekonzerns Vattenfall, die Braunkohlesparte in der Lausitz verkaufen zu wollen, geht es ihr um mehr als einen Aspekt: „Wir sehen Vattenfall in der Pflicht, den sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle mitzugestalten. Die Kohle-Verkaufspläne sollten zum Anlass genommen werden, endlich den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz voranzutreiben.“



© privat

Heide Schinowsky

- *Sprecherin für Wirtschafts- und Energiepolitik*
- *Mitglied im Petitionsausschuss*
- *Mitglied im Rat für sorbisch/wendische Angelegenheiten*

Kontakt:

Tel.: (0331) 966 1704
heide.schinowsky@gruene-fraktion.brandenburg.de

PARLAMENTSREFORM

WIR BRAUCHEN EINEN LEBENDIGEN LANDTAG

Die Wahlbeteiligung bei der diesjährigen Landtagswahl war so niedrig wie noch nie. Von den 2,1 Millionen Berechtigten gaben nur 47,9 Prozent ihre Stimme in der Wahlkabine oder per Briefwahl ab. Um den Negativrekord zu überwinden, ist es an der Zeit, die Entfremdung zwischen Politik und BürgerInnen zu stoppen. Dafür sind viele Maßnahmen, vom Wahlrecht bis zur verbesserten medialen Präsenz, notwendig. Eine davon ist die Reform des Parlamentsbetriebes, die unsere Fraktion zu Beginn der Legislaturperiode in einem Antrag angemahnt hat. Wir wollen den Landtag zu einem zentralen gesellschaftlich relevanten Diskussionsforum entwickeln. Dazu muss

das Landesparlament von allen Wahlberechtigten als Ort spannender Auseinandersetzungen und Entscheidungen wahrgenommen werden können.

Landtag als Ort der Debatte stärken

Der Alltag im Parlament erscheint manchen Außenstehenden oft schwer verständlich, voller Rituale und oft nicht aktuell. Die „Aktuelle Stunde“ zum Beispiel findet nur zweimal im Monat statt, wichtige Zeitthemen werden deshalb gar nicht aufgerufen. Um mehr über die Haltung von PolitikerInnen zu erfahren, sind derzeit Talkshows im Fernsehen interessantere Formate als eine Landtagsdebatte. Die

Parlamentsdiskussionen müssen aktueller, relevanter und lebendiger werden. Dazu ist es notwendig, regelmäßig Schwerpunktthemen im größeren Zusammenhang zu debattieren, statt sich im Klein-Klein von 5-Minuten-Runden zu verlieren. Die Fragestunden sind bislang stark formalisierte Vorleseveranstaltungen. Wir wollen, dass sich aus den Fragestunden heraus spontane Debatten im Parlament entwickeln können. Zusätzlich sollte das Format einer vierteljährlichen „Regierungsstunde“ eingeführt werden. Der Ministerpräsident und seine Minister sollen in diesem Rahmen berichten und mit den Abgeordneten über Erfolge, Misserfolge und neue Vorhaben beraten. Dazu ist es notwendig, die Informationspflicht der Landesregierung und die Kontroll- und Informationsrechte der Abgeordneten zu stärken.

Nähe zur Lebenswirklichkeit

Mit dem Einzug in das neue Landtagsgebäude hat das Parlament einen zentralen Ort im Herzen der brandenburgischen Landeshauptstadt gefunden. Jetzt gilt es, mit einer Parlamentsreform nach der räumlichen Nähe auch eine inhaltliche Nähe zur Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger herzustellen.

*Axel Vogel,
Fraktionsvorsitzender*



© Landtag Brandenburg / Stefan Cloede

AFD AM RECHTEN RAND

Der Landtagseinzug der „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit 12,2 Prozent der Zweitstimmen war ein Paukenschlag – der auch uns Grünen die Freude über unser gutes Ergebnis trübte. Doch wofür steht die AfD? In Brandenburg gibt sie ein uneinheitliches Bild ab: Sie vertritt neoliberale, national-konservative und rechtspopulistische Positionen. Rechtspopulistische Parteien versuchen „innerhalb des existenten demokratischen Gefüges unter populistischen Vorzeichen den öffentlichen Diskurs und die politische Auseinandersetzung immer mehr nach rechts zu verlagern“, heißt es in einer Studie der Heinrich-Boell-Stiftung Nordrhein-Westfalen.

Zwei für die AfD typische Schlaglichter:

Im September verbreitete ihr Landtagskandidat Jan-Ulrich Weiß mit einer Karikatur im „Stürmer-Stil“ antisemitische Verschwörungstheorien über Facebook und diffamierte das NSU-Verfahren als Schauprozess. Unser Fraktionsvorsitzender Axel Vogel

stellte daraufhin Strafanzeige. Der AfD-Fraktionschef Alexander Gauland verwies Weiß der Fraktion, ein Parteiausschlussverfahren ist anhängig.

Gauland wiederum kehrte in seiner Rede zur Konstituierung des Landtags mit einem Exkurs zur konservativen politischen Philosophie den Bildungsbürger heraus. Dabei hatte er noch im Wahlkampf mit zynischen Äußerungen zur Flüchtlingspolitik um Rechtsaußen-WählerInnen gebuhlt und trotz zunehmender Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen die Auffassung vertreten, es brauche keine neuen Unterkünfte. Schon zuvor hatte die Partei mit dem Slogan „Wir sind nicht das Weltsozialamt“ ein NPD-Plakat adaptiert sowie an ausländerfeindliche Aktionen angedockt.

In Gaulands Fraktion tummeln sich frühere Mitglieder von Rechtsaußenparteien: Z. B. die Abgeordnete Steffen Königer, der laut PNN im „Bund Freier Bürger“ war, Thomas Jung, Landeschef der mittlerweile aufgelösten islamfeindlichen „Freiheit“, Rainer

von Raemdock, ebenfalls bei der „Freiheit“, und Sven Schröder bei „Pro Deutschland“. Königer schrieb für die rechtsgerichtete „Junge Freiheit“ und wetterte laut rbb dort u.a. gegen die „Antisemitismuskeule“.

Sammelbecken früherer Mitglieder von Rechtsaußenparteien

In Erklärungsnot geriet der AfD-Abgeordnete Andreas Kalbitz, der in seinem Bewerbungsprofil für die Landtagskandidatur seine frühere Mitgliedschaft bei den Republikanern – entgegen einer Richtlinie der Bundespartei – verschwiegen hatte. Menschen sei zuguzustehen, dass sie sich politisch weiterentwickelten, hieß es hierzu von der AfD. Medien berichteten zudem über frühere Aktivitäten Kalbitz' für den „Witiko-Bund“, der sich selbst als „nationale Gesinnungsgemeinschaft der Sudentendeutschen“ sieht und bei dem das Bundesamt für Verfassungsschutz „Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen“ festgestellt hat.

Die AfD gibt sich an der Spitze bürgerlich-konservativ, buhlt weit rechtsaußen um Stimmen und hat personell selbst zahlreiche Schnittmengen mit dem ultrarechten Milieu. In welche Richtung sie sich im Landtag weiterentwickelt, wird unsere Fraktion aufmerksam beobachten.

*Ursula Nonnemacher,
innenpolitische Sprecherin*



Gute Zusammenarbeit: Gemeinsamer Protest, u.a. von Schweden und Deutschen, gegen den Braunkohletagebau in der Lausitz.

BRAUNKOHLEABBAU IN DER LAUSITZ

QUO VADIS VATTENFALL?

Nach der Parlamentswahl in Schweden hat Ministerpräsident Stefan Löfven bekräftigt, dass der Staatskonzern Vattenfall aus der Braunkohle aussteigen werde. Einen konkreten Zeitplan haben die Schweden noch nicht. Dennoch hat der Konzern vor kurzem seine Verkaufsabsichten noch einmal deutlich gemacht.

In einem gemeinsamen Brief an die schwedische Regierung sprachen sich die bündnisgrünen Landtagsfraktionen von Brandenburg und Sachsen im Oktober für den Verbleib der Braunkohlesparte bei Vattenfall und einen mittelfristigen Braunkohleausstieg aus. Wir sehen den Konzern in der Pflicht, den sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle und den Umstieg auf erneuerbare Energien in Brandenburg mitzugestalten. Denn: Der Konzern hat über Jahrzehnte Milliarden aus der hiesigen Braunkohle eingenommen und indirekte Subventionen aus dem Landeshaushalt empfangen. Insgesamt transferierte die deutsche Tochter in den

vergangenen dreizehn Jahren etwa sieben Milliarden Euro nach Schweden.

Ein überlegter Strategiewechsel mit einem Braunkohleausstieg bis 2030 böte die Gelegenheit, Arbeitsplätze ohne Entlassungen, im Rahmen von Altersstruktur bzw. Fluktuation abzubauen. Gleichzeitig könnten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue Stellen innerhalb des Unternehmens und in der Region entstehen.

Konzern will Braunkohlesparte verkaufen

Einfacher wäre es allerdings für den Konzern, die Braunkohlesparte zu verkaufen. Interessenten gibt es. Der tschechische Energiekonzern EHP ist auf der Suche nach einem Zulieferer für eigene Kraftwerke, die erst kürzlich für einen Betrieb bis 2040 modernisiert wurden. EHP braucht Nachschub, denn die genehmigten Kohlevorräte in Nordböhmen werden bereits 2022 zu Ende gehen. Auch der polnische Staatskonzern

PGE gilt als Interessent. Zwar muss das Kraftwerk Jämschwalde erneuert werden und die Brandenburger Energiestrategie 2030 schreibt erneuerten Anlagen niedrige Werte für Treibhausgase vor, doch PGE könnte Jämschwalde um eine Pipeline nach Polen erweitern, um dort die Treibhausgase zu verpressen.

Konkrete Pläne fehlen

Welchen Weg Vattenfall gehen wird, steht noch nicht fest. Die schwedische Regierung hat inzwischen eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vattenfalls Optionen prüfen soll. Bündnisgrüne aus Brandenburg, Sachsen, Berlin und dem Bundestag bereiten derzeit für Mitte Januar eine Delegationsreise nach Schweden vor, um gemeinsam mögliche Szenarien zu beraten.

*Heide Schinowsky,
energiepolitische Sprecherin*

GRUPPENSTATUS IM LANDTAG

NICHT MIT HEISSER NADEL STRICKEN

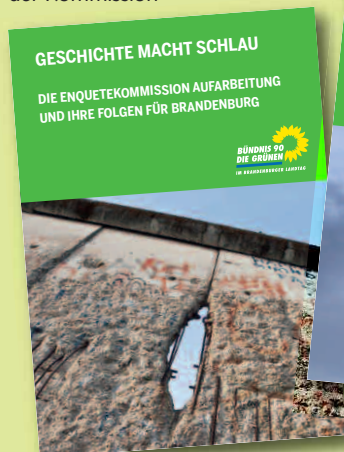
Indem Christoph Schulze bei den diesjährigen Landtagswahlen im Wahlkreis Teltow-Fläming III das Direktmandat gewann, hebelte er die Fünfprozenthürde für die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen/Freie Wähler aus. So wurden die Freien Wähler gemäß ihres Zweitstimmenergebnisses berücksichtigt und zogen mit drei Abgeordneten in den Landtag ein: Schulze, Peter Vida und Iris Schülzke. Vor der Geschäftsordnung gelten die drei derzeit als fraktionslos. Denn: Fraktionen, mit vollen parlamentarischen Mitwirkungsrechten, bestehen aus mindestens

vier Personen. Der ersten Landtagssitzung im Oktober lag daher Vidas Antrag vor, die Geschäftsordnung solle ab Dezember auch Gruppen von drei ParlamentarierInnen anerkennen und sie mit Rechten ähnlich einer Fraktion ausstatten. Es geht um parlamentarische Partizipationsmöglichkeiten wie die Länge der Redezeit im Plenum und auch um finanzielle Mittel. Obwohl die bündnisgrüne Fraktion dem Wunsch der Freien Wählern nach einem Gruppenstatus positiv gegenüber steht, war uns der im Antrag vorgeschlagene Zeitplan zu sehr mit der heißen Nadel gestrickt. Die Verlei-

hung eines Gruppenstatus' durch die Geschäftsordnung des Landtages, ggf. verbunden mit Änderungen des Abgeordneten- oder Fraktionsgesetzes, setzt Maßstäbe und muss daher gut durchdacht sein. In ein oder zwei Sitzungen sind Rechte und Pflichten von Abgeordneten Gruppen nicht mit der notwendigen Sorgfalt zu bestimmen. Für die Arbeit des Parlamentes ist es eine wichtige Frage, der wir uns zügig, aber gewissenhaft widmen müssen.

*Ursula Nonnemacher,
Parlamentarische Geschäftsführerin*

**Enquete Aufarbeitung:
Geschichte macht schlau**
Rückblick auf die Ergebnisse
der Kommission



Flughafen BER: Lauter Schall und Rauch
Dokumentation der Flughafenkonferenz der Fraktion



Alle Publikationen lesen
und bestellen unter:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Redaktion: Alena Müller
Titelbild: ©Cristal Oscuro – fotolia.com
Alle Bilder ohne Angabe: Fraktion
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



brandGRÜN online – als Newsletter bestellen unter:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter

